

jüngeren Patrioten geschlossen wurden. Sie vereinigten sich in Zirkeln, in denen verbottene Bücher gelesen und diskutiert wurden. Vor allem die studentische Jugend nahm großen Anteil an den Aufständen zur Zeit des „Völkerfrühlings“, obwohl an deren Spitze Repräsentanten der älteren Generation standen.

Der dritte Abschnitt befaßt sich mit den Anfängen der Jugendbewegung. Hier ergeben sich Bezüge zu den Marienbrüdern, die durch die Jesuiten nach Polen gekommen waren und sich religiösen und sozialen Aufgaben widmeten. Die ersten weltlichen Jugendorganisationen entstanden 1804/05 unter den Studenten der Wilnaer Universität. Sie hatten ausschließlich wissenschaftlichen und literarischen Charakter und zählten nur wenige Mitglieder. Radikale Veränderungen in der Zielsetzung der Jugendverbände vollzogen sich zwischen 1815 und 1831, als in vielen Teilen Europas die Opposition der Jugend – vor allem der Studenten – gegen das herrschende restaurative System wuchs. Vorbilder für derartige Strömungen – auch im geteilten Polen – waren die Burschenschaften oder Freimaurerlogen. In jener Zeit gab es 37 Jugendorganisationen in Kongreßpolen, die allerdings zumeist der nach 1831 erstarkenden Reaktion zum Opfer fielen oder im geheimen weiterwirken mußten. Am bekanntesten war der „Bund freier Polen“ in Warschau, der liberale Ideen vertrat.

Im folgenden Kapitel wird der Blick auf die Jugend in den Aufständen und Verschwörungen der Jahre 1830–1864 gerichtet. In dieser Zeit wurden die Jugendorganisationen zu einem wichtigen Faktor des nichtlegalen politischen Lebens und der Nationalbewegung. Nach dem gescheiterten Novemberaufstand waren zunächst Krakau und Lemberg Mittelpunkte der studentischen Agitation. Erst nach 1840 verlagerte sich diese zunehmend nach Kongreßpolen. Als Beispiele konspirativer Tätigkeit nennt der Vf. die „Allgemeine Konföderation der polnischen Nation“ und das „Junge Sarmatien“. Aufschlußreich ist der Hinweis auf die Kontakte polnischer Studenten an der Königsberger Albertina, vor allem am dortigen litauischen und polnischen Seminar, mit revolutionären Kreisen in Kongreßpolen vor und während des Januaraufstands. Ein Zentrum der nationalpolnischen Bewegung im Ausland war Wien. Ein wichtiges Anliegen der Forschung ist eine genaue Analyse der am Januaraufstand beteiligten Jugendorganisationen. „Diese Erhebung“ – so der Vf. – „war die letzte große Manifestation der Romantik im Bereich der Propaganda und der politischen Handlungen“. Das Scheitern des Aufstands sei zwar eine große Katastrophe für die damalige junge Generation gewesen, dennoch habe die nachwachsende polnische Jugend in anderer Form die Wiedererstehung ihres Staates angestrebt.

Berlin

Stefan Hartmann

Franciszek Paprocki: Wielkie Księstwo Poznańskie w okresie rządów Flottwella (1830–1841). [Das Großherzogtum Posen zur Zeit der Verwaltung von Flottwell (1830–1841).] (Wielkopolska. Historia – społeczeństwo – kultura.) Wydawnictwo Poznańskie. Poznań 1994. 2. Aufl. 343 S., dt. Zufass.

In seiner Vorbemerkung zur zweiten Auflage des vorliegenden Werkes bezeichnet Witold Molik den Posener Oberpräsidenten Eduard Heinrich Flottwell als den neben Bismarck bedeutendsten Germanisator der polnischen Lande. Er vertritt damit einen Standpunkt der polnischen Historiographie, der zu der positiven Bewertung Flottwells auf deutscher Seite in Widerspruch steht. Diese habe Flottwells Verdienste um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Provinz Posen herausgestellt und daraus die Rechtfertigung der Teilungen Polens und der preußischen Germanisierungspolitik abgeleitet. Wegen der zentralen Bedeutung der 1970 veröffentlichten Habilitationsschrift von Franciszek Paprocki für die Geschichte Großpolens in der Ära „Flottwell“ sei die Neuauflage sinnvoll gewesen. Dabei handelt es sich um einen unveränderten Nachdruck. Lediglich die inzwischen veränderten Namen der Archive und die Signatu-

ren erscheinen in der aktuellen Form. So wird auch auf die Rückführung der Merseburger Bestände nach Berlin und ihre Zugehörigkeit zum Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz verwiesen.

Die auf reicher Quellengrundlage beruhende Abhandlung schildert zunächst die Zeit von 1815 bis 1830, die von Zugeständnissen Preußens gegenüber der polnischen Bevölkerung im Großherzogtum Posen bestimmt war. So versuchte man im Bereich der Selbstverwaltung den polnischen Adel zu gewinnen, obwohl man nicht an eine Autonomie nach dem Muster des russischen Königreichs Polen dachte. Der Vf. erwähnt zwar die positiven Auswirkungen der Stein-Hardenbergischen Reformen und der auf Ausgleich bedachten Politik des Statthalters Anton Radziwiłł auf die Provinz Posen, er will darin aber nur die Verdeckung einer kontinuierlich betriebenen Integrationspolitik der polnischen Gebiete und der Germanisierung der dortigen Bevölkerung sehen, während die Polen die Unabhängigkeit angestrebt hätten. In den antagonistischen Zielen beider Seiten sei der polnisch-preußische Konflikt schon in diesen „stillen Jahren“ sichtbar geworden. Mit dieser negativen Bewertung, u. a. der preußischen Gesetzgebung und Schulpolitik, wird P. der Wirklichkeit kaum gerecht, weil der polnische Adel in den Posener Kreistagen eine dominierende Stellung erhielt und der preußische Kultusminister von Altenstein die polnische Sprache in den Schulen zuließ. Nicht belegt wird, daß er trotzdem an dem Ziel völliger Unifizierung festgehalten habe. Gerade im polnischen Zeitungswesen des Großherzogtums zeigt sich, daß dort die Zensur weitaus milder als in anderen Teilen des Hohenzollernstaats ausgeübt worden ist. Die nicht legale Tätigkeit der polnischen Studentenverbände ist weniger als Unterdrückung der Polen denn als Verfolgung der Burschenschaften nach dem Wartburgfest zu deuten.

Im zweiten Kapitel werden die Auswirkungen des Novemberaufstandes auf die Provinz Posen besprochen. Mit der Berufung Flottwells zum Oberpräsidenten habe Friedrich Wilhelm III. einen neuen Kurs seiner Polenpolitik signalisiert. Zu den ersten Maßnahmen Flottwells gehörte – so der Vf. – die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Mit Polizeimaßnahmen habe er den Widerstand des polnischen Adels und der katholischen Geistlichkeit zu brechen versucht, aber bald erkannt, daß diese nicht ausreichten, um das Streben der Polen nach Unabhängigkeit zu unterdrücken. Bessere Erfolge sah er in einer engeren preußisch-russischen Zusammenarbeit und in der konsequent betriebenen Germanisierung des Polentums gewährleistet, wozu vor allem die Verdrängung der polnischen Sprache aus Behörden und Schulen gehörte. In diesem Kurs wurde er von der Mehrheit des konservativen altpreußischen Adels unterstützt, der auch aus militärischen Erwägungen die Integration der Provinz Posen postulierte. Nach P. waren die Verdrängung des polnischen Adels von den Landratsposten und die Ernennung von Deutschen zu Landräten Kennzeichen der Germanisierung. Die Unterdrückung der Polen sei auch für die politischen Aspekte der wirtschaftlichen Tätigkeit Flottwells bestimmend gewesen (Kapitel 3). Das zeige sich in der beschleunigten Agrarregulierung und Bauernbefreiung, die sich gegen den grundbesitzenden polnischen Adel gerichtet habe, aber auch im Aufkauf polnischer Güter, die an Deutsche zu günstigen Preisen veräußert worden seien. Der Oberpräsident habe damit eine organisierte Kolonisation in Gang setzen wollen, um die Germanisierung der Provinz Posen zu betreiben. Dem gleichen Ziel diene die Etablierung der kommunalen Selbstverwaltung, lag diese doch in den Händen der deutschen Oberschicht. Auch das 1833 erlassene Edikt über die Emanzipation der Juden im Großherzogtum Posen sieht der Vf. unter diesem Aspekt.

Das vierte Kapitel beleuchtet Flottwells Schul-, Kultur- und Religionspolitik. Sie begünstigte die deutsche Sprache in allen Bereichen und führte bei den Polen, vor allem dem Adel und der katholischen Geistlichkeit, zu zahlreichen Gegenreaktionen. Diese hatten aber nur geringen Erfolg, weil der Oberpräsident die Mehrheit des preußischen Staatsministeriums und den König selbst auf seiner Seite hatte und der Einfluß der pol-

nischen Aristokratie im Posener Provinziallandtag zunehmend schwand. Nachhaltiger war indes, daß die Maßnahmen Flottwells – besonders gegen die katholische Kirche im sogen. „Mischehenstreit“ – die aufkeimende polnische Nationalbewegung förderten.

Im folgenden Kapitel wird der Kampf des Polentums gegen die Germanisierungsstendenzen der Flottwellschen Politik geschildert. Er erfolgte nicht auf militärischem Weg, sondern häufig mittels Petitionen, die die Posener Polen nach Berlin richteten. Mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 begann die den persönlichen Ansichten des Königs entsprechende „Versöhnungsära“, die Adel und Geistlichkeit als Stütze des Throns gewinnen wollte. Viele Maßnahmen wurden nun außer Kraft gesetzt, was nach außen durch die Abberufung Flottwells unterstrichen wurde. Ausführlich befaßt sich der Autor mit dem Wirken des Arztes Karol Marcinkowski, der mit seinem Programm der „organisierten Arbeit“ und der Gründung eines polnischen „Vereins für Unterrichtshilfe“ dem Polentum der Provinz eine neue Richtung gab. Zu dessen schärfsten Kritikern gehörte Ludwik Mieroslawski, der später die Aktionen Marcinkowskis als schädlich für die polnische Nationalbewegung bezeichnete. Einen wesentlichen Anteil am wachsenden Selbstbewußtsein des Posener Polentums hatten Druckereien und Büchereien sowie das aufblühende polnische Pressewesen, dessen Tenor nationalpatriotisch gefärbt war.

Das sechste Kapitel hat die konspirative Bewegung in der Ära „Flottwell“ zum Gegenstand, die trotz ihrer schwachen Entwicklung den preußischen Behörden immer wieder zu schaffen machte. Sie beschränkte sich nicht auf die Provinz Posen, sondern stand mit polnischen Emigranten im Ausland, vor allem in Paris und Brüssel, in Verbindung.

Dem Vf. ist zuzustimmen, daß die Politik Flottwells keine Assimilation des Polentums bewirkt, sondern vielmehr den preußisch-polnischen Antagonismus vertieft habe. Anders als der Vf. sieht jedoch der Rezensent die Maßnahmen des Posener Oberpräsidenten mehr unter bürokratischem als politischem Aspekt. Damit unterscheidet sich Flottwell deutlich von späteren Germanisierungsversuchen der preußischen Verwaltung, wobei die Revolution von 1848 einen Wendepunkt darstellt.

Berlin

Stefan Hartmann

Michael Palij: The Ukrainian-Polish Defensive Alliance, 1919–1921. An Aspect of the Ukrainian Revolution. Canadian Institute of Ukrainian Studies Press. Edmonton, Toronto 1995. VIII, 391 S., \$ 44.95.

Im Herbst 1919 sah sich die politische Führung der von dem Staatsdirektorium mit dem ehemaligen Sozialisten Symon Petljura an der Spitze geleiteten Ukrainischen Volksrepublik (UNR) angesichts des Vormarschs der Bol'seviki gezwungen, mit der einzigen in Ostmitteleuropa verbliebenen Macht zu einem Übereinkommen zu gelangen, von der ein erfolgreicher und zuverlässiger Widerstand gegen die Kommunisten zu erwarten war – mit der Republik Polen Józef Piłsudskis. Der Preis war hoch: Am 2. Dezember 1919 mußte die UNR-Mission die Zbrucz-Grenze zwischen Polen und der Ukraine akzeptieren, womit die militärische Eroberung Ostgaliziens durch Polen im Krieg gegen die Westukrainische Volksrepublik hingenommen wurde. Im April 1920 wurden dann ein politisches Bündnis und eine Militärkonvention zwischen Polen und der UNR geschlossen – am polnisch-sowjetischen Krieg dieses Jahres nahmen denn auch ukrainische Verbände teil und hofften auf die politische Dividende dieses Zusammengehens. Die Hoffnung trog. Nicht nur war die Zeit zu kurz, um mehr als nur rudimentäre ukrainische Strukturen in den polnisch besetzten Gebieten der Ukraine zu errichten, die Polen mißtrauten ihren Verbündeten auch gründlich und ließen ihnen eine Behandlung angedeihen, die von Verachtung und Benachteiligung geprägt war. Im Frieden von Riga vom 18. März 1921 ließen sie die UNR vollends fallen, erkannten die Sowjetukraine als einzigen ukrainischen Staat an und internierten ihre bisherigen Waf-